

Desperately Seeking ... Candidates

Das Luxemburger Wahlsystem verursacht den Parteien so manches Kopfzerbrechen. In einigen Kommunen müssen weit mehr KandidatInnen aufgestellt werden, als die betroffene Sektion an regulären Mitgliedern zählt. Besonders im ADR-Umfeld scheint die Lust zum Kandidieren, seitdem es nicht mehr nur darum geht für eine bessere Rente zu kämpfen, verloren gegangen zu sein. In Ettelbrück entdeckte sich jetzt ein Polizist auf der Liste, der beteuert niemals eingewilligt zu haben. Entweder er lügt, oder es hat eine Unterschriftenfälschung gegeben. In diesem Falle hätte die ADR-Liste als Ganzes abgelehnt werden müssen. Aber auch in der Hauptstadt tummelt sich so manch lustiges Volk auf der ADR-Liste. Ein Kandidat stand in den achtziger und neunziger Jahren bereits mehrmals auf der Liste der rechtsextremen "Nationalbewegung", und eine Kandidatin wird auffallend oft auf den Wahlplakaten per Filzstift übermalt und mit dem Zusatz "Gangster" versehen. Auch wenn es sich hier um eine Privatfehde handelt, so scheint die Truppe um den ehemaligen DP-Abgeordneten Jacques-Yves Henkes doch recht bunt zusammengewürfelt - von der Nationalbewegung bis zum Komitee gegen die Verfassung ... Anfang oder Ende einer neuen Volkspartei?

Wahlen: kein jugendlicher Pepp

Mit Fotos von gutgelaunten Gören versucht sich die LSAP im Gemeindevwahlkampf ein jugendliches Image zu geben. In der Hauptstadt glänzt die sozialistische Liste dagegen nicht mit jungen KandidatInnen: Nur zwei sind unter 30, und ihre Namen - Delvaux und Goebbels - klingen in der politischen Öffentlichkeit eher alt. Ein ähnliches Bild bei der DP, wo nur zwei KandidatInnen zu den Twens gezählt werden können. CSV und ADR erlauben sich in Luxemburg-Stadt gar den Luxus, überhaupt keinen Youngster mit in die Wahlen zu nehmen. Etwas besser sieht es da schon bei den Grünen und der KPL aus, die beide drei Listenplätze an junge KandidatInnen vergeben haben. Spitzenreiter ist "Déi Lénk", die gleich fünf Jüngere ins Rennen schickt. Um die politische Erneuerung ist es also vor allem bei den großen Parteien schlecht bestellt. Das Sesopi stellte übrigens in seiner kürzlich veröffentlichten, landesweiten Studie zu den Gemeindevahlen fest, dass die 18-25-Jährigen nur etwa 5 Prozent der KandidatInnen ausmachen, und die der 26-35-Jährigen etwa 12 Prozent. Die meisten Kandidaturen, 33 Prozent, werden dagegen in der Altersklasse der 46-55-Jährigen gestellt.

Greenpeace verärgert - Caritas zufrieden

Caritas zeigt sich glücklich: 431 KandidatInnen zu den Gemeindevahlen hatten bis Mittwoch den Appel der internationalen "White Band"-Aktion unterschrieben. Somit tritt fast jeder fünfte Kandidat für die Belange dieser internationalen Kampagne ein, die auf eine Verringerung der Armut weltweit abzielt. Mit ihrer Unterschrift erklären die KandidatInnen, dass sie auch auf kommunaler Ebene die Armutsbekämpfung zu einer ihrer Prioritäten machen wollen. 20 Prozent Zuspruch, ein gutes Resultat? Für Greenpeace, die einen Rücklauf von ebenfalls 20 Prozent auf eine Umfrage bei KommunalpolitikerInnen zur Energiepolitik verzeichneten, ist dieser Wert nicht zufrieden stellend. "Eine Mehrheit der Kommunalpolitiker hat kein Interesse an Energiepolitik" stellt Greenpeace-Sprecher Roger Spautz fest. Und er sieht schwarz für Kyoto: Nur 72 Prozent der antwortenden KommunalpolitikerInnen sprechen sich für eine Reduzierung des Energieverbrauchs um drei Prozent jährlich aus, falls sie kommunale Verantwortung übernehmen sollten. Eine Minderheit der KandidatInnen tritt für "grünen" Strom ein. "Mit der Haltung der Mehrheit der Kandidaten steuern wir auf eine Klimakatastrophe zu", meint Greenpeace. Die Unterschriften, beziehungsweise Antworten der KandidatInnen sind unter www.ban-deaublanc.lu und www.greenpeace.lu einzusehen.

Patrick Bousch plädiert für Wohnraum, der zu erschwinglichen Preisen gemietet werden kann. Dazu müssen Staat und Gemeinden in die Pflicht genommen werden.

(Foto: Christian Mosar)



WOHNEN

"Spekulation muss verhindert werden"

woxx: Bevor wir über die allgemeine Situation reden: Wie wohnen Sie selbst?

Patrick Bousch: Ich wohne seit 1994 in einer Südgemeinde. Meine Frau und ich hatten damals die Chance, in ein Gemeindeprojekt für subventioniertes Bauland zu kommen. Der Platz war billig, und wir haben ein kleines Einfamilienhaus darauf gebaut.

Ist denn die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wirklich so extrem wie oft behauptet?

Um mein Beispiel zu nehmen: Damals haben wir für 150.000 Euro gebaut. Zehn Jahre später hat jemand aus der Nachbarschaft sein Haus für 480.000 Euro verkauft. Daran können Sie sehen, wie sich der Preis entwickelt hat.

Wo sehen Sie die Ursachen für dieses Phänomen?

Das Problem in Luxemburg ist die Spekulation. Heute sind Immobilien ein Spekulationsobjekt, und wer ein Haus oder eine Wohnung tatsächlich zum Wohnen sucht, kann sich das oftmals nicht mehr leisten.

Was schlagen Sie vor?

Wir sind nicht streng genug. Wir haben keine ausreichenden Regelungen, um die Spekulation zu verhindern. Es gibt Länder, in denen die Grundstücks-Preisentwicklung gedeckelt wurde. Zum Beispiel könnte die Inflationsrate als maximale Preissteigerungsrate festgesetzt werden. Eine andere Möglichkeit wäre, mehr Bauland auf den Markt zu bekommen. Das geht nur mit einem Fonds für die Gemeinden, die mittels eines Vorkaufsrechts selbst Grundstücke erwerben können. Heute sind 95 Prozent der Träger von Baugrundstücken private Makler. Und die treiben die Preise in die Hö-

he, weil sie nicht alle Grundstücke zum gleichen Zeitpunkt anbieten.

Wie spiegelt sich die Preisentwicklung im Wohnbau in der Mietpreisentwicklung wieder?

Wir sind ein Land, in dem enorm viele Menschen über Immobilien verfügen. Nur 25 bis 30 Prozent wohnen zur Miete. Miethäuser gibt es nur in etwa 20 Orten, den großen Städten und Gemeinden. Die Politik des Wohnungsbauministeriums ist an der Schaffung von Eigentum orientiert. Wir haben herausgefunden, dass viele Leute zur Miete wohnen wollen, dies aber nicht können. Die Mieten sind ganz einfach zu hoch. Wenn jemand 500 bis 600 Euro Miete für ein Studio bezahlen muss, kann er genauso gut einen Kredit abzahlen, ist dann aber Eigentümer.

Was müsste auf politischer Ebene dagegen unternommen werden?

Meiner Ansicht nach müsste im Mietgesetz eine Regelung verankert werden, die den Unternehmen die Möglichkeit nimmt, Bauplätze und Gebäude, die zu Wohnzwecken bestimmt wurden, gewerblich zu nutzen. Natürlich ist eine Firma, die Büroraum sucht, in der Lage, andere Preise zu bezahlen als ein Wohnungssuchender. Der Vermieter verdient also besser, als wenn er sein Objekt auf dem Wohnungsmarkt anbieten müsste.

Dann wäre er preislich zumindest derzeit an das Mietgesetz gebunden. Allein in der Stadt Luxemburg gibt es momentan jedoch 80.000 Quadratmeter Fläche, die nicht für Wohnzwecke, sondern als Büros genutzt werden.

Kann die Situation ohne eine deutliche politische Trendwende überhaupt besser werden?

Der Staat hat verschiedene Maßnahmen ausprobiert und versucht, Anreize zu geben. Finanzielle Unterstützung war der erste Schritt, dann folgten steuerliche Maßnahmen. Wenn das aber auch nicht reicht, muss über weitere Mittel nachgedacht werden. Diese stoßen natürlich bei den Eigentümern nicht unbedingt auf Zuspruch. Denn jeder Eigentümer profitiert ja von der momentanen Situation. Und immerhin 70 Prozent der Bevölkerung sind wie wir wissen Eigentümer. Also auch siebzig Prozent der Wähler. Der Staat hat demnach politische Probleme, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen.

Die "Semaine du Logement" richtete sich hauptsächlich an den Mittelstand. Werden in der laufenden Debatte überhaupt die unteren Einkommenschichten berücksichtigt?

Da wird zu wenig getan. Es gibt ein paar karitative Organisationen, wie die Caritas oder

die Wunnengshëllëf, die versuchen, diesbezüglich mehr Instrumente zu schaffen. Zum Beispiel eine Agence immobilière sociale, oder etwa die Schaffung von Wohnungen für Sozialfälle. Die Wunnengshëllëf betreibt momentan 120 solcher Wohnungen im gesamten Land, das ist natürlich absolut nicht ausreichend. Wenn der Staat in dieser Richtung nicht tätig werden will, dann muss er konsequent sein und diese Organisationen mehr unterstützen, auch finanziell. In den letzten sechs Jahren hat der Fonds du logement nicht einmal 300 soziale Mietwohnungen gebaut, bei insgesamt etwa 15.000 gebauten Wohnungen. Das sind Peanuts. In Frankreich gibt es ein Gesetz, wonach die Gemeinden 20 Prozent ihrer Wohnsubstanz in sozialen Wohnungsbau umsetzen müssen. Bei uns gibt es noch Gemeinden, die gar keine sozialen Wohnprojekte haben. Das darf nicht gestattet werden.

Misst das CEPS/I auch, wie sich soziale Notlagen, steigende Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigung auf den Wohnungsmarkt auswirken?

Ja. Wir machen jetzt in Zusammenarbeit mit dem Familienministerium eine Studie über Obdachlosigkeit. Eine Wohnung ist auch ein Schutz vor Armut. Es ist wichtig, dass ausgegrenzte Menschen wieder etwas mieten können, ohne beispielsweise drei Monatslöhne Kautions bezahlen zu müssen. Es ist auch eine Aufgabe der Agence immobilière sociale, in solchen Fällen die Bürgerschaft zu übernehmen.

Noch einmal zurück zu den Sozialwohnungen: Wie viele Interessenten stehen wie viel Wohnungen gegenüber?

Der Fonds du logement hat eine Warteliste von ungefähr 900 bis 1.000 Leuten. Diese Liste scheint jetzt kleiner zu werden, was mich etwas erstaunt. Es gibt auch welche, die ihre Wohnungssuche ins Ausland verlagern, also eine soziale Migration. Ein Prozent der Grenzgänger sind Luxemburger, das sind 1.500 Personen.

Das sind ja nicht dramatisch viele.

Die Zahl ist nicht so dramatisch wie die Entwicklung. In zehn Jahren hat sich die Anzahl der luxemburgischen Grenzgänger verdoppelt. Und das sind Leute, die ihre Arbeit in Luxemburg behalten haben.

Welcher Stellenwert wird der vielbeschworenen mixité sociale in der Städteplanung wirklich eingeräumt?

Mixité sociale ist immer ein schönes Wort. Die Gesellschaft ist jedoch nicht so aufgebaut, sondern trennt sich immer automatisch. Die Klassenunterschiede spielen noch immer eine Rolle. Das sehen wir in den Analysen, die wir beispielsweise für die Stadt Luxemburg und für Esch gemacht haben.

Momentan erstreckt sich die mixité sociale darauf, dass verschiedene Typen von Häusern in einem Sozialraum gebaut werden. Günstigere Wohnungen finden sich also neben den teuren. Beides muss man sich jedoch leisten können.

Interview: Thorsten Fuchshuber

Zur Person

Patrick Bousch arbeitet seit 1992 beim Centre d'Etudes de Populations, de Pauvreté et de Politiques Socio Economiques (CEPS/I) als Geograf. Seit 2003 betreibt das Ceps/I im Auftrag des Wohnbauministeriums das Observatoire de l'Habitat und widmet sich in einem ersten Schritt vor allem der Bestandsaufnahme am Wohnbaumarkt.